

## "Deutschland und Frankreich" in Die Zeit (3. November 1949)

**Legende:** Interview des deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer in der deutschen Wochenzeitung Die Zeit vom 3. November 1949, in der er sich zur Notwendigkeit einer deutsch-französischen Zusammenarbeit äußert.

**Quelle:** Die Zeit. Wochenzeitung für Politik - Wirtschaft - Handel und Kultur. Herausgeber Töngel, Richard. 03.11.1949, Nr. 44; 4.Jg. Hamburg: Zeitverlag.

**Urheberrecht:** (c) Die Zeit

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/Deutschland\\_und\\_Frankreich\\_in\\_Die\\_Zeit\\_3\\_November\\_1949-de-63e25bb4-c980-432c-af1c-53c79b77b410.html](http://www.cvce.eu/obj/Deutschland_und_Frankreich_in_Die_Zeit_3_November_1949-de-63e25bb4-c980-432c-af1c-53c79b77b410.html)

**Publication date:** 12/08/2011

## Deutschland und Frankreich

### Ein Gespräch der „Zeit“ mit Bundeskanzler Dr. Adenauer

*Zu einem Zeitpunkt, in dem in Paris der Ministerausschuß des Europa-Rats zusammentritt, erklärte Bundeskanzler Dr. Adenauer unserem Redaktionsmitglied Ernst Friedlaender die Grundzüge seiner Frankreich-Politik.*

**Die Zeit:** Welche Bedeutung messen Sie, Herr Bundeskanzler, innerhalb der gesamteuropäischen Politik dem deutsch-französischen Verhältnis zu ?

**Bundeskanzler:** Die allergrößte Bedeutung. Ich bin, wie Sie wissen, Rheinländer, und ich habe meine engere Heimat immer als eine natürliche Brücke zwischen Frankreich und Deutschland erlebt. Wohl weiß ich, daß viel historisches Gestrüpp den beiden Völkern die Aussicht versperrt und den Weg zueinander erschwert. Aber im heutigen Stadium Europas sind „Erbfeindschaften“ völlig unzeitgemäß geworden. Ich bin daher entschlossen, die deutsch-französischen Beziehungen zu einem Angelpunkt meiner Politik zu machen. Ein Bundeskanzler muß zugleich guter Deutscher und guter Europäer sein. Weil ich beides zu sein wünsche, muß ich eine deutsch-französische Verständigung anstreben. Eine solche Politik darf nicht dahin mißdeutet werden, daß sie profranzösisch und womöglich antibritisch wäre. Es handelt sich für uns keinesfalls darum, eine ausländische Macht gegen die andere auszuspielen. Die Freundschaft mit England ist ebenso wesentlich wie die mit Frankreich. Aber eine Freundschaft mit Frankreich bedarf größerer Anstrengungen, weil sie bisher stärker gehemmt war. Sie wird zu einem Angelpunkt unserer Politik, weil sie der wunde Punkt unserer Politik ist.

**Die Zeit:** Glauben Sie, daß eine solche Politik die volle Unterstützung des deutschen Volkes finden wird ?

**Bundeskanzler:** Das deutsche Volk besteht aus sehr verschiedenen Menschen. Man kann niemals auf die Zustimmung aller rechnen. Aber ich glaube sagen zu dürfen, daß die Verständigung mit Frankreich heute in Deutschland populärer ist als zu irgendeinem Zeitpunkt vor 1945. Sie war vielleicht unmittelbar nach dem Zusammenbruch noch volkstümlicher als heute. In den letzten viereinhalb Jahren ist manches geschehen, was zu erneuten Hemmungen, zu erneuten Mißverständnissen Anlaß geben konnte. Aber die Grundtendenz ist in Deutschland gleichgeblieben. Und besonders die jüngere Generation bei uns, wie übrigens auch bei anderen Völkern, hat die Notwendigkeit einer europäischen Einigung mit erfreulicher Klarheit erfaßt. Gerade die jungen Deutschen wissen, daß diese Einigung unmöglich ist, wenn Frankreich und Deutschland sich nicht verstehen. Ich bin daher davon überzeugt, daß eine konstruktive Frankreichpolitik der Bundesregierung auf eine günstige Resonanz im deutschen Volk rechnen kann.

**Die Zeit:** Welche konkreten Hindernisse erschweren, Ihrer Auffassung nach, eine deutsch-französische Verständigung?

**Bundeskanzler:** Da ist natürlich die Saar. Aber lassen sie mich zunächst einmal von dieser Frage ganz absehen. Denn auch das Saarproblem wird erst verständlich, wenn man es im Zusammenhang mit dem französischen Sicherheitsbedürfnis betrachtet, und das gleiche gilt etwa für die Demontagen. Die Sicherheitsfrage ist tatsächlich die Kernfrage des deutsch-französischen Verhältnisses. In ihr sind auch die wirklichen, die konkreten Hindernisse für eine Verständigung enthalten. Und das ist im wesentlichen eine Sache des Maßes, mit der Gefahr der Maßlosigkeit auf beiden Seiten. Wenn Frankreich zuviel Sicherheit fordert, ohne dabei auf die dringendsten deutschen Erfordernisse zu achten, so wird sich unsere Haltung verhärtet. Wenn umgekehrt wir zuwenig Sicherheit zu bieten bereit sind, so wird Frankreich zu keiner Verständigung mit uns gelangen. Es kommt also darauf an, das richtige Maß der Sicherheit zu finden.

**Die Zeit:** Was könnte von unserer Seite getan werden, um dieses richtige Maß zu finden?

**Bundeskanzler:** Zunächst einmal dies : daß wir die Sicherheitsfrage weder rundweg leugnen noch bagatellisieren. Es nützt nichts, daß wir tatsächlich gefährlich sind, sondern es kommt darauf an, ob

Frankreich uns für ungefährlich hält. Die Psychologie hinkt immer hinter der realen geschichtlichen Entwicklung her. Ob uns das heutige französische Sicherheitsbedürfnis überholt vorkommt, ob es tatsächlich überholt ist, dies ist alles nicht entscheidend. Auch wenn Frankreich sich im Irrtum befindet, so ist sein Verlangen nach Sicherheit doch psychologisch vorhanden und also eine politische Tatsache, mit der wir zu rechnen haben. Wir tun daher gut daran, wenn wir auch uns überflüssig erscheinende Sicherheiten in Kauf nehmen, sofern unsere Existenz hierdurch nicht ernstlich gefährdet wird. Wir müssen nicht überall ein „kaudinisches Joch“ wittern. Je weniger wir dies tun, je weniger wir in unseren Reaktionen eine nationale Überempfindlichkeit zeigen, um so eher wird Frankreich sich dazu verstehen, seinerseits seine Forderungen nicht zu überspannen. Unsere Politik muß nicht starr sondern elastisch sein. Es gibt hierfür wohl kaum ein besseres Beispiel als die Möglichkeiten, die sich für uns aus dem Ruhrstatut ergeben.

**Die Zeit:** Welchen Zusammenhang sehen Sie zwischen dem Ruhrstatut und der deutsch-französischen Verständigung?

**Bundeskanzler:** Der Zusammenhang ist recht eng. Von uns aus gesehen, ist eine internationale Ruhrkontrollbehörde in Deutschland entweder ein „kaudinisches Joch“, oder aber sie ist der erste Schritt zu einer Kontrolle der gesamten westeuropäischen Schwerindustrie. Ich glaube, daß die zweite Auffassung sinnvoller und zukunftsreicher ist. Ich bin zudem der Ansicht, daß die Ruhrbehörde als eine politische Realität zu gelten hat, auf die man nicht nur mit Gefühlen reagieren darf, Schmollwinkel sind nicht die richtigen Antworten auf politische Realitäten. Wenn wir uns zu Ruhrstatut und Ruhrbehörde einfach negativ verhalten, so wird Frankreich dies als Zeichen eines deutschen Nationalismus bewerten, als einen Trotz, der alle Kontrollen ablehnt. Diese Haltung würde wie eine passive Resistenz gegen die Sicherheit überhaupt wirken. Gerade das muß vermieden werden.

**Die Zeit:** Sind Sie der Meinung, daß wir durch einen vollberechtigten Delegierten in der Ruhrbehörde vertreten sein sollten?

**Bundeskanzler:** Unbedingt. Unser Eintritt in die Ruhrbehörde wird, wie ich glaube, sowohl von dieser selbst wie von den Hohen Kommissaren aufrichtig gewünscht. Und wir selbst können unsere Position nur verbessern, wenn wir in der Ruhrbehörde vertreten sind. Unsere lebenswichtigen Interessen an der Ruhr können wir wirksam nur innerhalb der Behörde zur Geltung bringen, und zwar erst dann, wenn wir dort einen stimmberechtigten Vertreter haben und nicht nur einen Beobachter, wie dies jetzt der Fall ist. Wir müssen gar nicht von vornherein annehmen, daß unser Delegierter mit seinen drei von insgesamt fünfzehn Stimmen doch nur immer überstimmt würde. Es wäre geradezu töricht, die Arbeit in der Ruhrbehörde als eine Front aller gegen einen anzusehen. Unsere Bereitschaft zur Mitarbeit dort wird wahrscheinlich zu einem Prüfstein unseres guten Willens in der Sicherheitsfrage werden. Frankreich weiß dies sehr wohl. Aber ich kann ihnen versichern, daß auch die Bundesregierung sich hierüber im klaren ist und entsprechend handeln wird.

**Die Zeit:** Sie erwähnten vorhin das Saargebiet. Würden Sie eine Mitgliedschaft Deutschlands im Europa-Rat ablehnen, falls das Saargebiet dort Mitglied würde?

**Bundeskanzler:** Ich halte es für sehr bedauerlich, daß die Saarfrage überhaupt mit der Europafrage verknüpft worden ist. Das ist nicht von uns aus geschehen. Es erscheint mir wesentlich, daß diese beiden Fragen in Zukunft getrennt gehalten werden. Ich würde es nicht für eine weise Politik halten, wenn Frankreich die Aufnahme Deutschlands in den Europa-Rat von einer gleichzeitigen Aufnahme des Saargebiets abhängig machen sollte. Aber ebensowenig weise wäre es, wenn wir erklärten, daß eine Mitgliedschaft des Saargebiets die deutsche Mitgliedschaft ausschliesse. Man sollte aus diesen Mitgliedschaften kein Handelsgeschäft mit Bedingungen machen. Die Saarfrage kann endgültig erst in einem Friedensvertrag mit Deutschland geklärt werden, und der Europa-Rat ist ohnehin nicht befugt, einer solchen Regelung vorzugreifen. Ich könnte mir sehr viel eher denken, daß eine unmittelbare deutsch-französische Fühlungnahme das Saarproblem einer Lösung näher bringen könnte.

**Die Zeit:** Sehen Sie eine Parallele zwischen unserer Mitgliedschaft im Europa-Rat und unserer Vertretung in der Ruhrbehörde?

**Bundeskanzler:** Diese Parallele ist fraglos vorhanden. – Jedenfalls insoweit, als ich der Meinung bin, daß Deutschland im eigenen und im europäischen Interesse vorbehaltlos bereit sein muß, im Europa-Rat mitzuarbeiten. Sollte Deutschland eingeladen werden, dem Europa-Rat beizutreten, so besteht kein Zweifel, daß die Bundesregierung eine solche Einladung annehmen würde. Ich bin überzeugt, daß dies ganz im gleichen Sinne wie die Mitarbeit an der Ruhrbehörde dem deutsch-französischen Verhältnis förderlich sein müßte. Und ich halte gerade Straßburg für ein besonders hoffnungsvolles Symbol der Verständigung unserer beiden Völker.

**Die Zeit:** Wie steht es mit der Frage der Gleichberechtigung für den Fall einer deutschen Mitgliedschaft im Europa-Rat ?

**Bundeskanzler:** Ob wir, solange wir keine eigene Außenpolitik und keinen eigenen Außenminister haben, im Ministerausschuß des Europa-Rats nicht vertreten sein können, ist nicht unbedingt sicher. In der Beratenden Versammlung wären wir gleichberechtigt. Im Gesamt-Europa-Rat würden wir aber als „assoziertes Mitglied“ gelten, solange wir am Ministerausschuß nicht beteiligt wären. Ich halte diesen Unterschied um so weniger für entscheidend, als das Schwergewicht eines echten europäischen Föderalismus in der Beratenden Versammlung liegt. Zu nationaler Empfindlichkeit bietet die „assozierte Mitgliedschaft“ keinerlei Anlaß. Und je weniger wir uns empfindlich zeigen, desto weniger Sicherheitsbefürchtungen werden wir hervorrufen. Wir sind nicht gefährlich. Warum sollen wir, um der lieben Eitelkeit willen, so tun als ob wir es wären?

**Die Zeit:** Was ließe sich auf kulturellem Gebiet tun, um ein besseres wechselseitiges Verständnis der beiden Völker herbeizuführen?

**Bundeskanzler:** Es kann gar nicht genug deutsch-französische Begegnungen, gar nicht genug deutsch-französischen Kulturaustausch geben. Ich meine damit nicht eine Kulturpropaganda, wie Frankreich sie während der ersten Jahre nach Kriegsende in der französischen Zone Deutschlands betrieben hat. Hier war der politische Einschlag zu deutlich und die Beziehung zu einseitig. Auch müßte sich eine wirkliche Kulturfreundschaft Frankreichs für uns auf das ganze Bundesgebiet erstrecken. Ich werde jede Bestrebung in dieser Richtung von ganzem Herzen unterstützen. Hierbei denke ich natürlich zunächst an den Austausch von Hochschullehrern und Studenten, an Konzerte und Vorträge, an Erleichterungen privater Reisen. Aber man darf das Wort „Kultur“ nicht zu eng fassen. Ich könnte mir auch einen „Arbeiteraustausch“ in gewissem Umfange denken, der mittelbar für die Kultur beider Länder von großem Vorteil wäre. Auf all diesen Gebieten ist bisher viel zu wenig geschehen. Und ich hätte auch keine Einwendungen, wenn amerikanisches Kapital auf dem Umweg über Frankreich nach Deutschland flösse. Auch eine solche Beteiligung Frankreichs an deutschen Wirtschaftsunternehmen würde beide Völker einander näher bringen und so manche Sicherheitsbefürchtungen entkräften.

**Die Zeit:** Ist es richtig, wenn wir Ihre Gesamteinstellung zum deutsch-französischen Verhältnis als optimistisch deuten?

**Bundeskanzler:** Ich bin Realpolitiker. Gerade deshalb bin ich überzeugt, daß der Schwung der gesamten Europäischen Bewegung auch die deutsch-französische Verständigung vorwärtstreiben wird. Im übrigen habe ich, als alter Mann, die Tugend der Geduld gelernt. Man darf nicht zuviel von heute auf morgen erwarten, nicht zu schnell enttäuscht werden. Ich glaube fest daran, daß in der Sicherheitsfrage, bei gutem Willen auf beiden Seiten, das rechte Maß gefunden werden kann. Und sobald es gefunden ist, wird für die Beziehungen beider Völker zueinander eine neue und bessere Epoche beginnen. Da haben Sie meinen Optimismus.